

Proteste in Sofia: Gesetz gegen nicht-heterosexuelle Ideen erlassen

Bulgarien verbietet nicht-heterosexuelle Themen an Schulen. Proteste folgen auf die schnelle Verabschiedung des Gesetzes.

Proteste in Sofia gegen Schulgesetz

In Sofia, der Hauptstadt Bulgariens, hat ein neues Gesetz für erhebliche gesellschaftliche Spannungen gesorgt. Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, das nicht-heterosexuelle Themen in Schulen verbietet, was zu massiven Protesten von Mitgliedern der LGBTQI+-Gemeinschaft führte.

Die Hintergründe des Gesetzes

Das bulgarische Parlament hat am Mittwoch per Schnellverfahren eine Novelle des Schulgesetzes angenommen. Diese legt fest, dass Inhalte, die „nicht-traditionelle sexuelle Orientierung“ und geschlechtliche Selbstbestimmung, abweichend vom Geburtsgeschlecht, propagieren, in Vorschulen und Schulen untersagt sind. Dieses Gesetz folgt einem besorgniserregenden Muster, das man bereits in anderen EU-Ländern wie Ungarn, Polen und der Slowakei beobachten konnte.

Die Rolle der politischen Parteien

Die Gesetzesänderung wurde überwiegend durch die prorussische und nationalistische Partei Wasraschdane (Wiedergeburt) initiiert. Unterstützt wurde das Vorhaben auch

von Abgeordneten des Mitte-Rechts-Bündnisses Gerb-SDS, der populistischen ITN, sowie von Teilen der Sozialisten und der Türkenpartei DPS. Besonders das liberal-konservative Bündnis PP-DB stellte sich gegen die Novelle und sprach sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft aus.

Reaktionen der Gemeinschaft

Der Abendausgang war geprägt von lautstarkem Protest. Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft versammelten sich vor dem Parlament, um gegen das Gesetz zu mobilisieren. Mit der Botschaft „Wir werden nicht schweigen“ und Slogans wie „Wiederholt nicht den Weg Russlands“ drückten sie ihren Unmut darüber aus, dass ihre Rechte in einem EU-Land eingeschränkt werden.

Bedeutung der Proteste und EU-weite Trends

Die Proteste in Sofia sind nicht nur ein Ausdruck des Widerstands gegen dieses spezifische Gesetz, sondern auch Teil eines größeren Trends, der sich in mehreren europäischen Ländern zeigt. In der EU sind ähnliche restriktive Maßnahmen gegen die LGBTQI+-Gemeinschaft zu beobachten. Außerhalb der EU gibt es in Ländern wie Russland massive Einschränkungen der Rechte von queeren Menschen, was in der Gemeinschaft Besorgnis auslöst.

Die Bedeutung von LGBTQI+-Rechten

Die Abkürzung LGBTQI+ steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-Menschen, queere und intergeschlechtliche Menschen. Die Queer-Identität umfasst jene, die sich nicht im traditionellen Geschlechterverständnis wiederfinden und gegen gängige soziale Normen aufbegehren. In Zeiten wachsender Intoleranz ist der Kampf um Rechte und Sichtbarkeit umso wichtiger. Die Geschehnisse in Sofia illustrieren, wie Fragile Errungenschaften

sein können und wie essentiell der Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft ist.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de